

3.5 Anti-Staudambbewegung in der Koel Karo Region (1973 – 2003)

Ein Beispiel für den erfolgreichen Widerstand der lokalen Bevölkerung, primär der Adivasi-Gemeinschaften Mundas und Oraon, stellt die Verhinderung des Baus der Staudämme an den Flüssen Koel und Karo, circa 80 km südwestlich von Ranchi, dar. Das sogenannte „Koel Karo Hydro Electric Project (KKHP)“ war ein staatlich initiiertes Projekt zur Stromerzeugung für die Nachbarbundesstaaten, welches durch die intransparente Vorgehensweise, defizitäre Informationspolitik sowie unzulänglichen Entschädigungsangeboten seitens der indischen Regierung von der einheimischen Adivasi-Bevölkerung über drei Jahrzehnte (1973 – 2003¹⁰⁵) kritisch hinterfragt, bekämpft und letztlich verhindert wurde.

Die Widerstandsbewegung gegen die geplanten Koel Karo Großstaudämme reiht sich zwar in die Historie des Protestes in der Region Chota Nagpur ein, jedoch unterscheidet sie sich in ihrer neuen und strukturierten Organisationsform sowie ihren Forderungen deutlich von den bisherigen Widerstandskämpfen, da sie sich gegen den Entwicklungskurs der indischen Zentralregierung und der Landesregierung von Bihar richtete. Dieser war ausschließlich auf Profitmaximierung und Ressourcenausbeutung ausgelegt und hätte die lokale Bevölkerung in keiner Weise partizipieren lassen, sondern eher die Vertreibung der Indigenen von ihrem Land ohne adäquate Entschädigung bedeutet.

Indienweit sind in den letzten Jahrzehnten (seit den 1980er Jahren) bereits andere „Anti-Großstaudamm-Bewegungen“, wie der Protest gegen das staatliche „Narmada-Entwicklungsprojekt“¹⁰⁶ in Madhya Pradesh durch die NBA (Narmada Bachao Andolan = Bewegung zur Rettung der Narmada) bekannt geworden.

Bereits in den 1950er Jahren begann die bundesstaatliche Behörde „Bihar State Electricity Board (BSEB)“ mit den Vermessungsarbeiten für ein, auf die vorwiegend von Mundas und Oraons bewohnten Distrikte Singhbhum, Gumla und

¹⁰⁵ Die ersten Vermessungsarbeiten fanden bereits 1955 ohne die Bevölkerung zu informieren statt. Erst im Jahr 1973 folgte der offizielle Projektbericht des „Bihar State Electricity Boards“.

¹⁰⁶ Das Madhya Pradesh, Gujarat, Maharashtra und Rajasthan betreffende Staudamm-System am Narmada-Fluss, welches den Bau von 30 großen, 135 mittleren und 3000 kleineren Dämmen umfasst, erregte internationale große Aufmerksamkeit. Das Projekt mit den beiden Megadämmen Sardar Sarovar (1.200 Megawatt) und Narmada / Indira Sagar (1.000 MW) hatte die Vertreibung von über 43.000 Familien aus 245 Dörfern allein durch die Stauseen zur Folge. Die Beispiele der bereits fertiggestellten Dämme zeigen neben den verheerenden Folgen für die Umwelt (Biodiversität) deutlich die unzureichende Rehabilitationspolitik der Regierung. Neben einem Großteil der direkt durch die Überflutung Vertriebenen wurden die durch Kanalbauten, Bewässerungsanlagen und der im Zuge von ausgleichenden Aufforstungsmaßnahmen errichteten Naturparks betroffenen Menschen nicht in Umsiedlungsprogramme aufgenommen. Im Falle von Kompensationen kam es „lediglich“ zu Geldzahlungen, da für eine Entschädigung in Form von alternativem Grundbesitz nicht die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen waren. Die Ziele der Regierung zu Energiegewinnung und Bewässerung von hunderttausenden Hektar Landflächen blieben weit hinter den gesteckten Erwartungen zurück. Der starke Protest der „Bewegung zur Rettung der Narmada“ (Narmada Bachao Andolan / NBA), angeführt von der Aktivistin Medha Patkar, erfuhr national und international große Solidarität und trug maßgeblich zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Großstaudämmen auf indischer und weltweiter Ebene bei. Als Resultat zogen sich einige ausländische Investor*innen aus dem Projekt zurück. Bei dem Sardar Sarovar Projekt (SSP) war anfangs die Weltbank mit einem Investitionsvolumen von 450 Millionen Dollar beteiligt, die ihre finanzielle Unterstützung 1993 ebenfalls durch den Druck der internationalen Proteste aufgab. Der Bau der Staudämme konnte jedoch nicht verhindert werden, da die Regierung an dem Projekt festhielt (vgl. Bürger 2011, S. 21-53.; vgl. Agrawal / NBA1999, S. 225-244).

Ranchi verteiltes, Großstaudammprojekt an den Flüssen Koel und Karo mit einer geplanten Leistung von 710 Megawatt (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 32¹⁰⁷). Da die Öffentlichkeit anfangs über das Projektvorhaben im Unklaren gelassen wurde, erlangte die lokale Bevölkerung nur schrittweise Kenntnis über die Planungen. Trotz der fehlenden Informationspolitik stand die Mehrheit der Adivasi bei Veröffentlichung des Projektreports im Jahr 1973 und dem damit einhergehenden Beginn von Bauarbeiten an Zufahrtsstraßen, der Konstruktion der Staudämme zunächst positiv gegenüber (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 74). Durch die Aufklärungsarbeit vor allem sozialer Aktivist*innen, die von den gravierenden Auswirkungen ähnlicher Großprojekte und der mangelnden Entschädigungspolitik für die dort vertriebene Bevölkerung berichteten, entwickelten sich jedoch innerhalb kurzer Zeit getrennt voneinander zwei Oppositionsbewegungen in den Gebieten des Koel und des Karo, die sich 1976 zum „Koel Karo Jan Sangathan (Koel Karo Volksvertretung / KKJS)“ zusammenschlossen (ebd.).

Laut Regierungsangaben wären durch die geplanten Staudämme des „Koel Karo Hydro Electric Projects“ 135 Dörfer vollständig überschwemmt und weitere 45 Ortschaften teilweise betroffen gewesen, wobei eigene Erhebungen des KKJS von einer deutlich höheren Zahl ausgingen. Nach diesen Berechnungen wäre eine Gesamtfläche von mehr als 20.000 Hektar mit 270 Gemeinden und einer Einwohner*innenzahl von 150.000 Menschen sowie 152 Sarnas und 300 Sasandiris (religiöse Plätze und Begräbnisstätten der Adivasi, die nicht an andere Orte transferierbar sind) überflutet worden (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 71 ff.). Anfänglich bemühte sich die Widerstandsbewegung deshalb vor allem darum, mit dem BSEB in Verhandlungen zu treten und so eine angemessene Entschädigung für die von Zwangsumsiedlung bedrohten Bewohner*innen zu erwirken. In einem vom KKJS erstellten Memorandum wurde erklärt, dass die Bevölkerung bereit sei, das Projekt zu akzeptieren, sofern die Regierung ihre Projektpläne vollständig offenlege und in Rücksprache mit den betroffenen Adivasi Lösungsstrategien für einen finanziellen und Landbesitz betreffenden Ausgleich erarbeiten würde. Da Aussagen der Aktivist*innen zufolge die Projektverantwortlichen jedoch keinerlei Zugeständnisse an die Bewegung machten bzw. die zugesicherte Errichtung von Beispieldörfern für die vertriebene Bevölkerung sowie versprochene Studien zu den sozialen Auswirkungen des Projekts ausblieben, konzentrierte sich der Protest zunehmend auf die generelle Verhinderung des Staudammbaus (ebd.).

In diesem Rahmen wurde 1978 mit der „Kam Roko Abhiyan (Stoppt die Arbeiten)“-Kampagne begonnen, indem der KKJS Großdemonstrationen organisierte, die Zufahrtswege blockierte und Barrikaden errichtete, um die Projektverantwortlichen am Zutritt zur Projektregion zu hindern (ebd.). Die Durchführung

¹⁰⁷ Die Autorin hat bereits ihre Diplom I Arbeit (gemeinsam mit Sebastian Hartig) sowie diverse Artikel über den Widerstand gegen die Koel Karo Staudämme veröffentlicht (Entwicklungsperspektiven, pogrom, siehe Literaturverzeichnis etc.). Die nachfolgenden Inhalte über das KKHP sind teilweise eine Zusammenfassung aus von ihr und S. Hartig bereits zum Thema verfassten Texten und wurden als solche kenntlich gemacht. Die Zustimmung von S. Hartig zur Verwendung des gemeinsam erstellten Textes wurde eingeholt.

zivilen Ungehorsams, der – wie sowohl von Mitgliedern des KKJS als auch von Beobachter*innen der Bewegung in Interviews deutlich betont wurde – maßgeblich von den Frauen der Region getragen wurde, führte zur vollständigen Verhinderung weiterer Baumaßnahmen für mehrere Jahre. 1984 reagierte die indische Regierung daher mit der Entsendung bewaffneter Spezialeinheiten, um die Durchsetzung der weiteren Projektarbeiten in der Region sicherzustellen. Die Stationierung der CRPF (Central Reserve Police Force) wurde ebenfalls mit gewaltfreien Aktionen durch die lokale Bevölkerung boykottiert. So wurden beispielsweise den Einheiten die Versorgung mit Lebensmitteln verweigert, die Polizeibeamten durch permanente Störungen durch die Frauen der Region daran gehindert, ihre Notdurft in den Feldern zu verrichten oder das Gerücht verbreitet, die Bevölkerung hätte die zur Verfügung stehenden Quellen vergiftet, so dass das Trinkwasser aus dem etwa 20 km entfernten Torpa herbeigeschafft werden musste. Der erhebliche Widerstand sowie ein 1985 erwirktes Gerichtsurteil durch den sozialen Aktivistin P. V. Lakra, welches die Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen mit der Bevölkerung durch die Projektinitiatoren forderte und die Stationierung militärischer Einheiten als unverhältnismäßig erachtete, zwangen die Regierung schließlich dazu, die Truppen wieder abzuziehen (ebd.).

Nachdem daraufhin für etwa zehn Jahre von den Projektverantwortlichen keine weiteren Anstrengungen unternommen wurden das Projekt durchzusetzen, gab die Regierung Bihars 1995 bekannt, dass Premierminister Narsimha Rao am 05. Juli den Grundstein zum Koel Karo Projekt legen werde. Daraufhin nahmen tausende Menschen an Protestveranstaltungen und Großdemonstrationen teil. Vor allem die Ankündigung mehrerer Frauen, sich vor dem Premierminister zu entblößen, führte trotz Bekanntgabe des Chief Ministers von Bihar, Laloo Prasad, im Falle des Nicht-Erscheinens Raos die Zeremonie trotzdem durchzuführen, schließlich zur Absage der gesamten Grundsteinlegung (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 83 ff.).

Einen Umbruch in der Geschichte des Koel Karo Projekts bildeten die Ereignisse von Tapkara am 02. Februar 2001. Nachdem am 01. Februar ca. 20 Beamte der Polizeiposten Tapkara und Rania eine vom KKJS symbolisch aufgestellte Barrikade bei dem Dorf Lohajimi zerstörten und zwei Dorfbewohner, welche den Vorfall beobachtet hatten, brutal zusammenschlugen und misshandelten, versammelten sich am darauffolgenden Tag etwa 5.000 Demonstrant*innen vor dem Polizeigebäude in Tapkara (ebd.). Diese protestierten gegen die Ereignisse vom Vortag und forderten die sofortige Suspendierung der an diesem Vorfall beteiligten Polizeibeamten, die Auszahlung von Schmerzensgeld an die beiden Verletzten, die Ersetzung der übrigen Bediensteten der Polizeistationen Tapkara und Rania durch Mundari-sprachige Personen sowie die Wiedererrichtung der zerstörten Barrikade. Während die Spitze des KKJS mit dem für die Suspendierung der beteiligten Polizisten zuständigen Beamten in einem Nebengebäude verhandelte, wurde aus dem Polizeigebäude ohne Vorankündigung in die protestierende Menge geschossen. Dabei starben acht Demonstranten, mehr als

30 Personen wurden zum Teil schwer verletzt (ebd.). Obwohl eine unabhängige Kommission (INSAF) zu dem Ergebnis kam, dass die Schüsse unbegründet und ohne jegliche Warnung auf die Menschen abgegeben wurden, blieb eine strafrechtliche Ahndung der Verantwortlichen bis heute aus (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 92). Auf nationaler und internationaler Ebene löste die Tötung der Demonstranten hingegen große Empörung aus und verstärkte die Solidarität mit der Widerstandsbewegung wie auch den Zusammenhalt und die Entschlossenheit der Betroffenen.

Im Sommer 2003 gab die Regierung Jharkhands letztlich bekannt, sich aus dem Staudammbau zurückzuziehen. Die NHPC folgte offiziell im Februar 2005 mit der Meldung zur Schließung des Koel Karo Projekts (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 98 ff.). Obwohl sowohl Regierung als auch Projektbehörde ihre Entscheidung mit dem starken Anstieg der geschätzten Gesamtkosten begründeten, gehen Mitglieder der Bewegung davon aus, dass vor allem der breite Widerstand der lokalen Bevölkerung den Erfolg der Protestbewegung maßgeblich bestimmte. Diese zeichnete sich in ihrer Organisation vor allem durch die Adaption politischer Strukturen und Entscheidungsfindungsprozesse der Munda und Kurukhar und der damit einhergehenden starken Identifikation der Bewohner*innen mit der Bewegung aus, sowie durch die Zulassung von außen kommender Unterstützung nur in beratender bzw. ausgewählter finanzieller Form durch den KKJS, um die Gefahr der Korruption des Protests zu verhindern (vgl. Claus & Hartig 2005, S. 123).

Kurz nach der Bekanntgabe durch NHPC das KKHP offiziell als beendet zu betrachten, unterzeichnete der Großkonzern ArcelorMittal sein MoU noch im selben Jahr (2005) mit der jharkhandischen Regierung für ein Stahlwerk samt Weiterverarbeitungsindustrie in der Region.

3.6 Bilanz der Widerstandshistorie von Chota Nagpur / Jharkhand

Obwohl die dargestellten sozialen Bewegungen sich unter sehr unterschiedlichen politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen gebildet haben – von den frühen Aufständen gegen die britische Kolonialverwaltung über die Forderung nach einem autonomen Adivasi-Bundesstaat, den Widerstand gegen staatliche Großprojekte bis hin zu neoliberaler Ausbeutung durch globale Unternehmen in der heutigen Zeit – lässt sich doch feststellen, dass alle Protestgruppen im Kern die Bedrohung des Verlusts von Territorium und damit der selbstbestimmten Bewirtschaftung ihres Landes als primäre Lebensgrundlage der Adivasi als treibendes Element des Widerstands gemeinsam haben. So beziehen sich alle Widerstandsbewegungen vorwiegend auf die selbstbestimmte Art der Land- und Forstwirtschaft der Adivasi, die Betrachtung von Landbesitz in einem eher kollektiven Sinne und die Einhaltung erkämpfter Rechte zum Schutz der traditionellen Landwirtschaft, die in den Forderungen deutlich zum Ausdruck gebracht werden (vgl. Claus & Hartig 2013, S. 59 f.).

Zudem muss angemerkt werden, dass sich die Protestgruppen auf vorangegangene Widerstandsbewegungen rückbeziehen z. B. durch die Berufung auf